

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei G. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Kreisland,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweihundachtzigster Jahrgang.

Nr. 743.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 23. Oktober.

Anserate 20 Pf. die sechzehnpfälzige Zeitzeile oder deren Raum, Nellamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 22. Oktober. Der König hat geruht: Allerhöchstseinem General-Adjutanten, General der Infanterie z. D. von Bonn, bislangen Gouverneur von Berlin, den Stern der Großkomtur mit Schwertern am Ringe des königlichen Hausordens von Hohenzollern zu verleihen; ferner den bisherigen Regierungsrath Alfons v. Baström zum Geheimen Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zu ernennen.

Die Wahl des Gymnasiallehrers Dr. Friedrich Zange zu Kinteln zum Oberlehrer an dem Gymnasium in Elberfeld ist bestätigt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 23. Oktober.

Die Unsicherheit und Unklarheit der politischen Situation, unter welcher der Landtag eröffnet wird, zeigt sich in Gerüchten von bevorstehenden Veränderungen im Staatsministerium. Die Gerüchte gehen noch so wirr durcheinander und beruhen in den Einzelheiten augenscheinlich so sehr auf bloßer Vermuthung, daß man in den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen nicht vorsichtig genug wird sein können. Die Bedeutung eines neuen Wechsels im Kultusministerium im gegenwärtigen Augenblick wäre allerdings unverkenbar; nach der proromantischen Stellung, die Herr v. Puttkamer eingenommen, würde ein solcher Wechsel ein wesentliches Hindernis hinwegräumen, das sich der Erfolg der klerikal-konservativen Majorität durch eine solche der Mittelparteien bisher in den Weg gestellt hat. Es würde damit auf einen Schlag sowohl die parlamentarische Stellung des Zentrums als die der Nationalliberalen in sehr wesentlicher Weise umgedeutet werden. Doch, wie gesagt, augenscheinlich scheinen uns diese Gerüchte noch zu verschwommen und wenig beglaubigt, als daß es sich verlohrte, die Tragweite solcher Veränderungen im Staatsministerium zu erörtern. Es wäre ein seltsamer und bezeichnender Vorgang, wenn das gegenwärtige Ministerium nicht einmal langlebig genug wäre, um sich ein einziges Mal parlamentarisch vorzustellen.

Der altkonservative „Reichsbote“ glaubt mahnen und warnend an den Reichskanzler herantreten zu wollen, um ihn von halben Maßregeln ab und zu einer ersten, klaren, bestimmten Rechtschwenkung in ein bekanntes Lager rufen zu wollen. Wir lesen in dem Blatte:

„Der Reichskanzler weiß selbst nur zu gut, daß die Schäden, an denen das Volksleben krankt, nicht durch halbe, mittelparteiliche Maßregeln zu heilen sind. Bismarck weiß es auch gewiß, daß mehr wie alle Gesetzesänderungen der Eindruck einer Schwäche zu ernsteren Auffassungen im Lande heilsam wirken würde. Einen solchen Eindruck würde man aber durch eine Mittelpartei nicht hervorbringen. Da würde es heißen: Es bleibt beim Alten d. h. wir gehen in der alten Weise weiter. Das würde im Volke zu einer Versumpfung unserer wirtschaftlichen und sittlichen Zustände führen. Bismarck hat gewiß zu viel Scharfsinn und Verständnis für das Volksleben, als daß er nicht einfühlen sollte, daß es sich jetzt darum handelt, unserem Volksleben einen neuen sittlichen Impuls und Aufschwung zu geben, und das kann nur durch eine ernste, klare, bestimmte Rechtschwenkung der Regierung, keineswegs aber durch eine Kompromisspolitik geschehen, bei welcher jede Partei das Beste, was sie hat, unter den Scheit stellt und wo nur nach Rücksichtnahmen gehandelt wird. Bei einer solchen Politik muß auch das beste Volk nach und nach sittlich zerrieben werden, wenn es sieht, daß nichts mehr als feststehende Wahrheit gilt! Wir fürchten die Fortsetzung einer solchen mittelparteilichen Kompromiss- oder Rücksichtspolitik, namentlich wenn dieselbe sich, wie jetzt voraussehen ist, auch auf das Gebiet von Kirche und Schule bezieht, fast mehr als die radikale Demokratie; denn diese würde sehr bald abgenußhaft haben; aber eine solche Rücksichts- oder Kompromisspolitik löst nach und nach alle feisten sittlichen Begriffe und Wahrheiten auf und bereitet dem an aller Wahrheit verzweifelnden Nihilismus und Pessimismus die Bahn. Wir fühlen uns deshalb gedrungen, nochmals unsre warnende Stimme gegen solche mittelparteiliche Kompromisspolitik zu erheben, so unangenehm es auch den Mittelpartei-Fabrikanten sein mag.“

Den Freikonservativen wird es vor der drohenden Einigung der Alt- und der Neukonservativen bange. Über diese Eventualität schreibt die von dem Bureau der deutschen Reichs- und freikonservativen Partei herausgegebene „Wochen-Korrespondenz“ in ihrer letzten Nummer:

„Bei den Verhandlungen, welche behufs Vereinigung der neu- und altkonservativen Gruppe des Abgeordnetenhauses zu einer Fraktion stattgefunden haben, ist ein positives Ergebnis, wie dies in der Natur der Sache liegt, nicht erzielt worden. Erst nach dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses wird endgültig entschieden werden können, ob der in der vorigen Legislaturperiode wiederholt, aber erfolglos in Angriff genommene Plan jetzt zur Ausführung gelangen soll. Unseres Erachtens würde die Durchführung derselben ein verhängnisvoller Fehler von Seiten der Neukonservativen sein. Bisher hat diese Partei in den kirchenpolitischen Fragen durchaus zuverlässig auf Seiten des Staates gestanden. Ein Anflug an diejenigen konservativen Elemente, welche entschieden Gegner der Bismarck'schen Kirchenpolitik sind, würde nicht nur als ein Abfall von diesem Standpunkte ausgelegt werden, sondern wirklich auch eine Abschwächung der bisher in der Kirchenpolitik beobachteten Haltung bedeuten. Denn wie anders wäre im Ernst an eine Vereinigung zu denken, wenn nicht die früher so verschiedenen Auffassungen über die Verhältnisse des Staates zur Kirche, wenigstens einigermaßen ausgetilgt wären? Naturgemäß würde ein Anschluß an die Altconservativen in gleichem Maße, wie er eine Schwenkung nach rechts darstellt, nach links trennen wirken. Es würde nicht nur die jetzt anscheinend der gemäßigteren Richtung sich zuniegende natio-

nal-liberale Partei wieder der Fortschrittspartei näher bringen, sondern auch der freikonservativen Partei das Zusammenwirken mit der neu-konservativen wesentlich erschweren. So würde voraussichtlich das Zusammengehen der gemäßigten Elemente in Frage gestellt, der Gegensatz zwischen konservativ und liberal verschärft und die Entscheidung in die Hand des Zentrums gelegt werden, so daß in der Hauptsache dieses und die Fortschrittspartei den Vortheil von der Vereinigung der beiden konservativen Gruppen haben würde.“

In Betreff der gegenwärtigen Session der Generalfürsorge ist zu berichten, daß die Aussicht, die Arbeiten bis zum Schlusse der nächsten Woche zu Ende zu führen, noch besteht, daß sich aber Gewisses darüber noch nicht mittheilen läßt. Vor dem oben angegebenen Termine wird sich der Abschluß nicht ermöglichen lassen.

In Folge der Verordnung, durch welche als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft auch die Bürgermeister derjenigen Orte, in denen der Polizeichef nicht staatlich angestellt ist, zu betrachten sind, sind die ersten Kommunalbeamten der größeren Städte, wie schon an dieser Stelle ausgeführt, in eine sehr eigenhümliche Lage gebracht, da sie als Untergabe des Staatsanwalts betrachtet werden und von diesem sogar mit Rügen und Disziplinarstrafen belegt werden können. Zwar ist nachträglich angeordnet worden, daß die Staatsanwälte möglichst wenig Gebrauch von dem ihnen zustehenden Strafmittelein machen sollen, indeß besteht das auch in mancher anderen Beziehung unerquickliche Verhältniß fort. Der Oberbürgermeister Thomale in Elbing hat es abgelehnt, sich als Untergabe des Staatsanwalts betrachten zu lassen, und bei der Regierung in Danzig ein Gesuch eingereicht, die Regulirung der beiden Stellungen zu veranlassen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Elbing wurde nunmehr die Mittheilung gemacht, daß die Regierung in Danzig das Gesuch dem Ministerium zur Berücksichtigung übersandt habe. Auf den Entscheid des letzteren darf man gespannt sein, da auch eine große Zahl der übrigen Bürgermeister gegen die Verordnung theils schon remonstriert hat, theils mit dem Plane, es zu thun, umgeht.

Zu den Gegenständen, welche zwischen Deutschland und Österreich geregelt werden sollen, gehört auch die Gewährung gegenseitiger Rechtsfürsorge. Die Rechtsfürsorge des österreichischen und einer des ungarischen Justizministeriums sollen vor kurzem in Berlin gewesen sein, um darüber zu unterhandeln. Wie die wiener „Deutsche Ztg.“ vernimmt, sind indessen diese Unterhandlungen fruchtlos geblieben.

Man hat gefunden, sagt die „D. Z.“, daß man über die wissenschaftlichen Prinzipien, die in dieser Frage maßgebend sein sollten, einig ist, aber kein Mittel gefunden, dieselben praktisch zur Geltung zu bringen. Nachdem zwischen Österreich und Ungarn derzeit noch kein Rechtsfürsorge-Vertrag existiert, sondern die Creditorität der Urtheile von der Kourtoisie der beiderseitigen Justizministerien abhängt, wird dieses negative, in Berlin erzielte Resultat nicht sonderlich überraschen noch betrüben können.“

Ein eigenes Omen, so meint hierzu die „R.-Z.“, ist es für die zukünftigen Verhandlungen zwischen beiden Reichen. Wir halten es wenigstens für sehr viel leichter, einen Vertrag abzuschließen, durch welchen die in dem einen erlassenen Judicate in dem anderen für vollstreckbar erklärt werden, als ein Zollbündnis herzustellen, in dem man einander die möglichsten Verkehrserleichterungen zusagt und dabei alle geschaffenen Verkehrsschwierungen aufrecht erhält. Für ein solches Verhältniß auch nur die „wissenschaftlichen Prinzipien“ aufzustellen, dürfte nur hervorragend ungewissenhaften Köpfen gelingen.

Der „Berl. Börsen-Ztg.“ zufolge wird innerhalb der berliner Börsenkreise eine Eingabe an das Aeltesten-Kollegium der berliner Kaufmannschaft vorbereitet, in welcher man die Aufmerksamkeit des Kollegiums offiziell auf den projektierten deutscher österreichischer Rechtsfürsorge-Vertrag hinzulenken beabsichtigt. Man befürchtet für das deutsche Kapital Gefahren, wenn der Vertrag in der geplanten Weise zum Abschluß gelangen sollte. Das zitierte Blatt schreibt u. A.:

„Wie sehr aber das deutsche Publikum dabei im Nachteil ist, wie viel größer die Gefahr für die deutschen Kapitalisten als für die österreichischen ist, geht daraus hervor, daß tatsächlich auf 100 Prozesse, die gegen österreichische Schuldner von Deutschland aus geführt werden, vielleicht nur drei oder vier Prozesse entfallen, die von Österreich aus gegen sämige deutsche Schuldner anhängig gemacht werden. Diese ganzen Verhältnisse der Reichsregierung, die darüber erklärlicher Weise nicht ausreichend unterrichtet sein kann, darzulegen, und die Interessen des deutschen Handelsstandes dabei möglichst nachdrücklich zu wahren, dürfte allerdings eine durchaus angemessene Aufgabe für das Aeltesten-Kollegium sein.“

Nach mehrjährigen vergeblichen Bemühungen, für die Warentransporte in den großen internationalen Verbänden zwischen Russland einerseits und Deutschland resp. Frankreich und Belgien andererseits den thatlichen Verhältnissen, sowie den Bedürfnissen des Handelsstandes der Nationen dieser Länder angepaßte brauchbare Tarife zu ermöglichen, ist es in dem in der Zeit vom 13. bis 16. d. M. in Frankfurt a. M. abgehaltenen großen Eisenbahnl Kongress der russischen, französischen, belgischen und deutschen Bahnen endlich gelungen, zu endgültigem Abschlüsse über die Aufstellung der neuen Tarife für die qu. Verkehre zu gelangen, nachdem schon vorher in den im Juni

d. J. in St. Petersburg stattgehabten Vorkonferenzen in allgemeinen großen Bürgen die Grundlagen für die Erstellung der neuen projektirten Tarife geschaffen waren. Die „Frankf. Ztg.“ ist nun in der Lage, über die in Frankfurt stattgehabten Verhandlungen Folgendes mitzuteilen:

Am 13. d. Mts. trat zunächst die für die Vorbereitung von Beschlüssen gewählte Kommission zusammen, bestehend aus Vertretern der großen russischen Eisenbahn, der Moskau-Breslauer, der Warschau-Wien-Bromberger, der sächsischen Staatsbahnen, der hannoverschen Staatsbahn, der Oberschlesischen und der Rheinischen Eisenbahn. In der am 14. d. M. begonnenen Generalkonferenz waren außer den bereits genannten noch folgende Eisenbahnen vertreten: die Dünaburg-Breslauer, die Moskau-Breslauer, die Orla-Breslauer, die Orla-Grätz, die Grätz-Zarzymer, Kursk-Charkower, die Riga-Dünaburger, die Nitauer, die Ostpreußische Südbahn, Berlin-Stettiner (gleich für Berlin-Hamburg), Niederschlesisch-Märkische, Berlin-Anhalt, Magdeburg-Halberstadt, Hannoverische Staatsbahn (gleich für die Köln-Mindener und die Westfälische Eisenbahn), Hessische Ludwigsbahn, Frankfurt-Bebra, Bergisch-Märkische z. c., von österreichischen Bahnen die Ferdinand-Nordbahn, Galiz. Karl-Ludwigsbahn, die Österreichische Nordwestbahn und die Südostdeutsche Verbindungsbaahn. Nach den Beschlüssen der Generalkonferenz sollen nun die neuen Tarife, deren definitive Aufstellung und Herausgabe voraussichtlich bis zum 1. Januar 1880 neuen Stiles (dem Zeitpunkte des Aufhörens der bestehenden, aber mit Ablauf d. J. gefundene internationale Tarife) erfolgen wird, in nächster Weise konstruiert werden. Der rekonstruierte deutsch-russische Gütertarif wird enthalten gemäß direkte Frachtsätze in Rubelwährung und Mark: a. für Getreide, b. für Stückgut I. (Normalklasse); für Stückgut II. und für Stückgut III. ermäßigte Klassen. c. für allgemeine Wagenladungsgüter zu 5000 Kg. Kl. A.; für allgemeine Wagenladungsgüter zu 10,000 Kg. Kl. B. d. für 7 Artselftarife zu 5000 Kg. resp. 10,000 Kg., und zwar: 1. Kombination: Getreide, Hülsenfrüchte, Delfsamen, Mühlensfabrikate aller Art. 2. Kombination: Baumöl, Baumwollengarn und Twiste, Erdarbeiten, Felle, rohe trockene Filze, grobe Spiritus, Rohtabak. 3. Kombination: Alaun, Rohbaumwolle, Beinschwarz, Eisen- und Stahlwaren außer Fäkon- und Roheisen, Lumpen, Farbhölzer, Mineralwasser, Reis, Stärke, Schwefel, roher Soda. 4. Kombination: Holz, europäisches Bau- und Nutzhölz. 5. Kombination: Cement, Düngmittel aller Art, Roheisen, Salz, lohe oder in Säcken, Knochen, leere gebrauchte Säcke. 6. Kombination: Fäkonites Eisen und Stahl, Eisenblech, eiserne Röhren und Säulen, Eisenbahnschienen und Schieneneinfestigungsgegenstände, Delachen, Delichenmehl, altes Tannenholz. 7. Kombination: Außer diesen Artselftarifen bleiben als Ausnahmetarif auch nach dem 1. Januar 1880 auf den tatsächlichen Sätzen in durchgehender Markwährung und unter Berücksichtigung der jetzt gültigen Transportbedingungen in Kraft: a. für Flachs, ungepreßten Hanf, Heede, Berg, Spinnabfälle, ferner b. für Hanf und Hanfgarn (Seilergarn) und Wolle, bei Zugrundelegung der jetzt für diese Artikel im qu. Verkehr bestehenden Frachtsätze und Transportbedingungen enthalten. Die Errichtung eines Spezialtarifs für Getreide, Hülsenfrüchte, Delfsamen und Mühlensfabrikate wurde zur Zeit nicht für erforderlich erachtet, die Errichtung eines solchen gleichfalls in der Frankenwährung indessen für die Bedürfnisse vorbehalten. Außer diesen genannten Tarifen wurden noch eventuell sowohl im Verkehr zwischen Deutschland und Russland als im Verkehr zwischen Frankreich resp. Belgien und Russland besondere billigere Ausnahmetarife für: Roheisen, Fäkoniesen, Eisenwaren aller Art, Bau- und Nutzhölz, Fahrzeuge auf eigenen Rädern laufend, Locomotiven und Tender auf eigenen Rädern laufend, Equipagen, Tramways und dergleichen, nicht auf eigenen Rädern laufende Fahrzeuge.“

Wie die „Wiener Zeitung“ amtlich verkündet, hat die feierliche Werbung des Königs von Spanien um die Hand der Erzherzogin Marie Christine am 21. d. durch den außerordentlichen Botschafter, Herzog v. Baylen, bei dem Kaiser stattgefunden. Unmittelbar nach erhaltenem Zustimmung des Kaisers hat der Herzog v. Baylen das Jawort der Erzherzogin im Beisein der Mutter derselben eingeholt. Der Herzog v. Baylen machte bald nach seiner Ankunft in Wien den Chefs der Hofränter Besuch. Hierauf fuhr er, von seiner Suite begleitet, in das Auswärtige Amt, woselbst er eine halbe Stunde verweilte. Vom Ballplatz begab er sich in die päpstliche Nuntiatur und verblieb bei dem Nuntius Kardinal Erzbischof Jacobini über eine Viertelstunde. Der nächste Besuch galt dem Fürsten Ferdinand Kinsky, welcher zum Oberstabschef der Erzherzogin Christine ernannt wurde.

Das Schweizer Bundes-Gericht hat am letzten Freitag einen Entschluß gefaßt, welcher, wie der Berner „Bund“ sich ausdrückt, in der liberalen Bevölkerung nicht blos des Kantons Tessin, sondern der ganzen Schweiz, ein schmerzliches Echo finden wird. Es handelt sich um die Frage, ob über den Zusammenhang zwischen Ultramontanen und Liberalen in Stabio am 22. Oktober 1876, bei welchem vier Menschenleben verloren gingen, die tessinischen Strafgerichte oder eidgenössische Assessoren zu urtheilen haben. Die tessinischen Gerichte waren im Refursweg als Parteigerichte beanstandet worden, und mit Rücksicht auf den politischen Charakter der ganzen Angelegenheit und die stattgehabte eidgenössische Intervention durch einen Kommissar und Pikenstellung von Truppen hatte man die Bundesjustiz angerufen. Das Bundesgericht hat nun schließlich

nach langem Zögern die Kompetenz der Bundesässen verneint und die Zuständigkeit der tessinischen Strafgerichte anerkannt.

Der berner "Bund" giebt dann ein ausführliches Resümé jener betrübenden Vorgänge in Stabio, welche auf die Rolle, die von den Ultamontanen dabei gespielt wurde, ein sehr zweifelhaftes Licht fallen ließen. Betreffend die eingeleitete Strafuntersuchung konstatiert der "Bund", daß dieselbe in höchst einseitiger Weise geführt und in unverantwortlicher Weise in die Länge gezogen wurde, offenbar zu dem Zweck, um die ersten Eindrücke zu verwischen oder wenigstens abzuschwächen."

Staatssekretär Gavarts hat in New York eine Rede gehalten und dabei u. A. geäußert: Wenn das allgemeine Stimmrecht gefährdet sei, so werde das Volk dasselbe aufrecht zu erhalten wissen, wie bisher. Die Nation habe dem General Grant nach dem Sezessionskriege die höchsten Ehren verliehen. Wenn die Freiheit des Landes noch mal bedroht werden sollte, werde das Volk seine Wohlfahrt abermals dem Bürger anvertrauen, der die Rechte der Volkswahl am besten aufrechterhalten könne.

Aus Mexiko vom 15. c. wird hierher gemeldet, daß Justo Benitez, dessen Name vielfach bei der Kandidatur für den Präsidentenposten genannt wurde, zum Minister des Auswärtigen ernannt worden ist.

Deutschland, Österreich und Russland.

Man schreibt der "Nat.-Ztg.":

"Über die Natur des Einverständnisses zwischen Deutschland und Österreich zirkulieren einzelne Lesarten, welche weder dem Inhalt noch dem Charakter derselben entsprechen. Wir glauben den Thatsachen zu entsprechen, wenn wir dem gegenüber betonen, daß eine Defensivvereinbarung für bestimmte Fälle besteht, die gelegentlich wohl eine schriftliche Form annehmen könnte, wenn es sich darum handeln würde, die weiteren Folgen des eingetretenen casus foederis zu regeln. Vorläufig, d. h. so lange die betreffenden Voraussetzungen nicht eintreffen, ist weder Deutschland noch Österreich einer speziellen Macht gegenüber engagiert, das allgemeine Einvernehmen braucht also durch die wiener Verständigung in keiner Weise gestört zu werden. Der bedingungsweise Charakter derselben mag es nun gerade gewesen sein, der die Veranlassung gab, dem diplomatischen Organ der deutschen Staaten über den Standpunkt der deutschen Politik in gewissen Eventualitäten Aufschluß zu geben, deren Eintritt in jüngster Zeit von der öffentlichen Meinung so allseitig erörtert wurde, daß die Regierungen der Mittelstaaten jedenfalls einen Anspruch darauf hatten, zur offiziellen Kenntnis des wahren Sachverhalts zu gelangen. Was von der Meldung zu halten ist, die Monarchen Deutschlands und Österreichs hätten den formellen Bündnis-Vertrag bereits ratifiziert, ergiebt sich hiernach von selbst; das schließt ja nicht aus, daß dieselben in ausdrücker Weise ihre Zustimmung zu der Politik ihrer Staatsmänner gegeben haben, die in den wiener Besprechungen ihren Ausdruck fand, und daß diese Zustimmung gegenwärtig im diplomatischen Wege zur Kenntnis gebracht, d. h. die Anzeige von derselben ausgetauscht worden ist."

Hieran möchten wir noch das Folgende reihen: Das neueste Heft der "Grenzboten" enthält unter der Überschrift: "Neue Fraktionen" einen Artikel, der nach Art und Weise bekannter anderer schon früher veröffentlichter Auslassungen mit dem Anspruch austritt, interessante und zum Theil sogar sehr wichtige Enthüllungen zu bringen. Die "Schles. Ztg." nimmt resumirend und kritisirend von diesem Artikel Notiz und wir müssen nach der Art, wie sich der Artikel einführt, glauben, uns einem autorisierten Führer anzuertrauen, wenn wir an dessen Hand uns mit dem Elaborat der "Grenzboten" beschäftigen. Die "Schles. Ztg." sagt:

Die Tendenz des Artikels zielt darin, zwischen unserem Kaiser und dem Fürst Bismarck in Bezug auf die jüngsten Vorgänge im Gebiet der auswärtigen Politik weitgehende Divergenzen zu konstatiren. Der getreue Mitarbeiter des Kanzlers, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Bülow, wird gewissermaßen als das Opfer dieser Missbilligkeiten hingestellt, seine lebensgefährliche Erkrankung soll die Folge derselben sein. Die Krankheit des Herrn v. Bülow charakterisiert sich nun aber glaubwürdigen Meldungen zufolge als ein gefährliches Gichtleiden, und bis zur Stunde hat Niemand die Welt darüber beigelehrt, daß die Gicht als Folge von Gemüthsaffectionen einzutreten pflege. In dieser Hinsicht kann also den besüglichen Mittheilungen nicht einmal das Prädikat ben trovato zuerkannt werden.

Rückhaltlos wird man sich folgenden Bemerkungen der "Schles. Ztg." anschließen dürfen:

Leuten, die politisch zu denen gelernt haben, wird es noch weniger plausibel erscheinen, daß, wie der Artikel durchleuchtet läßt, die sämtlichen Abmachungen, welche in Wien zwischen dem Fürsten Bismarck und den Staatsleuten Österreich-Ungarns getroffen wurden, der Zustimmung des Kaisers entbehrt oder gar heute noch entbehren. Vielmehr darf mit aller Entschiedenheit behauptet werden, daß Fürst Bismarck in Wien nicht ohne das volle Einverständnis mit seinem Kaiser und Herrn gehandelt hat. Das Recht, Bündnisse zu schließen, ist das ausschließliche Recht des Kaisers, und wer Andeutungen in die Welt sendet, daß Fürst Bismarck sich über dieses Recht hinwegsetzt oder denselben vorgegriffen habe, der macht sich allermindestens einer Albernheit schuldig."

Nichtsdestoweniger will die "Schles. Ztg." ein Körnchen Wahrheit dem Sensationsartikel zugestehen; sie bemerkt:

"Niemand wird daran zweifeln, daß es unserem greisen Kaiser schwer geworden ist, in eine neue politische Verbindung einzutreten, welche im Wesentlichen doch gegen das uns lange Zeit hindurch eng befriedete Russland gerichtet ist. Schon seine Reise nach Alessandrowo beweist dies. Als ächter Hohenzoller aber hat er hier wie immer alle Regungen des Herzens gegen die gesunde Staatsraison zurücktreten lassen."

Diese Thatsache, daß der Kaiser gewisse Bedenken zu überwinden hatte, bevor er sich entschloß, auf die Politik einzugehen, welche ihm der Kanzler vorschlug, wird also auch hier bestätigt. Unter diesen Umständen hat es Interesse, einige Anecdote nachzuzählen, welche aus der "Kölnerischen Zeitung" in die Presse überzgangen sind und welche die neue Wendung der Dinge erklären sollen, wenn sie auch wohl nur als Randzeichnungen zu den selben zu betrachten sein mögen. Es heißt dort:

"Der Übermuth und die Feindseligkeit Russlands waren so weit gestiegen, daß die Selbstachtung Deutschland nöthigte, auf seine eigene Sicherheit bedacht zu sein. Seit Menschenaltern genoss der deutsche Gefandte in Russland eine bevorzugte Stellung und auch General v. Schwerin war bisher vom russischen Hofe sehr wohl gelitten. Das hatte sich zu dessen eigenem Erstaunen völlig geändert. Es sah sich vernachlässigt und den französischen Botschafter auffallend ausgezeichnet. Der Großfürst Nikolaus, der Bruder des Kaisers, erschien in Berlin, stieg in der russischen Botschaft ab, erklärte, er verweile hier

nur infognito, trat aber ans Fenster und freute sich, wenn er von preußischen Offizieren erkannt und begrüßt wurde; von dem Kaiser und dem kaiserlichen Hofe nahm er keine Notiz. Man könnte noch andere Beweise dafür anführen, daß die feindlichen Geopereien der russischen Presse nicht ohne hohe Begünstigung stattfanden."

Französische Blätter betonen, daß der russische Thronfolger einen Umweg um Berlin gemacht hat, da er von Kopenhagen nach Paris fuhr; doch ist bekanntlich eben die kaiserliche Familie in ihren Hauptgliedern abwesend.

Das Bestreben, die Spitze der letzten Abmachungen Russland gegenüber über alle Nothwendigkeit hinaus zu schärfen, tritt, wie schon wiederholt bemerkt worden ist, namentlich in englischen Organen hervor. Auf deutscher Seite kann vernünftiger Weise Russland gegenüber kein anderer Wunsch bestehen als die Aufrechterhaltung eines freundlich-barlichen Verhältnisses. Wir halten diejenigen Stimmen für sehr gut autorisiert, die von deutscher wie von österreichischer Seite aus betonen, daß Russlands Platz an der Seite der zwei Kaiserstände stets offen ist, wenn es die Aufrechterhaltung der internationalen Verträge sich gleich diesen zur Aufgabe setzt. Über die Aussichten einer solchen Politik können wir natürlich nicht aburtheilen; der Zweifel daran hat gerade zu den neuesten Abmachungen geführt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 22. Oktober. [Von der General-Synode. Minister-Gerüchte. Zur Allianz mit Österreich.] In der Generalsynode ist heute der Bericht derjenigen Kommission, welche mit der Vorberatung der Trauordnung beauftragt war, erschienen. Obgleich die Herren sich sehr viel Zeit genommen haben, beantragen sie doch in dem wichtigsten Punkte Aussicht auf die Entscheidung, nämlich hinsichtlich der von dem Oberkirchenrath vorgeschlagenen zwei Trauungsformeln, zwischen denen nach dem Entwurf die Geistlichen bei der Trauung zu wählen berechtigt sein sollten. Das Verhalten der Majorität der Synode zu diesem Punkte beweist auf das schlagendste, wie Recht wir hatten, als wir davor warnten, liberalerseits heftige Opposition gegen den Entwurf der Kirchenregierung zu machen. Nach diesem konnten die Geistlichen entweder die bloße "Segnung" der bürgerlich bereits geschlossenen Ehe oder ihre "Zusammensprechung" vornehmen. Gegen die Zulassung des letzterwähnten Ausdrucks wurde von liberaler Seite Opposition gemacht, wobei man jedoch übersah, daß schon seit Jahren den Geistlichen die Wahl zwischen zwei derartigen Formeln auf Grund von Instruktionen des Oberkirchenraths freigestanden hat, ohne daß die Achtung vor der Zivilehe im Volke dadurch untergraben worden wäre. Die Majorität der Synode, wie sie in der Kommission repräsentirt ist, nimmt natürlich nicht an der "Zusammensprechung", sondern im Gegenteil an der bloßen "Segnung" Anstoß. Es werden die größten Anstrengungen gemacht, um eine Abänderung des Formulars in dem Sinne zu bewirken, daß jeder Geistliche verpflichtet sein soll, "zusammensprechen". Nur weil die Bedenken einzelner namhafter Mitglieder der Majorität noch nicht überwunden werden konnten, beantragt die Kommission charakteristischer Weise Vertagung dieses Punktes. Die sonstigen Änderungen, welche vorgeschlagen werden, sind gleichfalls bezeichnend für den Geist der Majorität. So wird beantragt, in § 1 des Entwurfs, welcher lautet: "Die Trauung hat die rechtsgültige Ehe zur Voraussetzung" zu sagen: "Die Trauung hat die nach dem bürgerlichen Recht erfolgte Ehe zur Voraussetzung"; damit soll natürlich angedeutet werden, daß die "nach dem bürgerlichen Recht" erfolgte Eheschließung noch nicht eine "rechtsgültig geschlossene" Ehe sei. Mit diesen und ähnlichen Anträgen fühlt die Majorität allerdings insofern in unschädlicher Weise ihr Mütchen an der Zivilehe, als schwerlich nach Bekündigung der so amendirten Trauordnung viele Leute erfahren werden, daß in derselben die Zivilehe nicht als "rechtsgültig" geschlossene Ehe, sondern nur als "nach dem bürgerlichen Recht" erfolgte Eheschließung bezeichnet wird. Schlimmer aber steht es um die geplante Abänderung des Formulars, da hierdurch ohne Zweifel eine Anzahl freisinniger Geistlicher, welche bisher sich nur der die "Segnung" der Ehe ausprägenden Formel bedienten, vergewaltigt werden. — Den Gerüchten über einen im Staatsministerium bevorstehenden Portefeuilletausch wird, obgleich sie mit großer Bestimmtheit auftreten, vor der Hand Zweifel entgegenzusetzen sein; insofern aber in der ersten Version dieser Gerüchte das Portefeuille des Grafen Eulenburg zwar einem seiner Kollegen, ihm selbst jedoch kein anderes Amt zugesetzt würde, sind sehr rasch die neulich von uns gegebenen Andeutungen bestätigt worden, denen zufolge bei den jüngsten Differenzen im Staatsministerium in erster Reihe der Minister des Innern dem Reichskanzler gegenüberstand. Inzwischen hat das Gerücht freilich den Grafen Eulenburg unterzubringen gewußt, indem man ihm das durch den Tod von Bülow's erledigte Staatssekretariat im auswärtigen Amt überweist. Zudem ist zu bedenken, daß Graf Eulenburg niemals in der Diplomatie thätig war und gerade das Staatssekretariat große Geschäftskunst und Routine in diplomatischen Dingen verlangt. Außerdem entspricht jene Kombination ganz und gar nicht dem Verhältniß zwischen dem Kanzler und dem Minister des Innern; der letztere ist durchaus nicht geeignet dazu, in der Weise, wie Herr v. Bülow, die Hand zu sein, welche die Gedanken des Hirns, des Kanzlers, ausführt. Es ist anzunehmen, daß Graf Eulenburg zunächst sich auf seinem Posten halten wird; sollte er das auf die Dauer nicht können, obgleich ihm viel einflussreichere Verbindungen zu Gebote stehen, als den übrigen Kabinetsmitgliedern, so wird er wohl die schon nicht ganz kleine Zahl derjenigen Exminister vergroßern, welche überzeugt sind, noch eine amtliche Zukunft zu haben und derselben parlamentarisch vorarbeiten wollen. — Es ist unverkennbar, daß den Intentionen unserer amtlichen Kreise mit der allzu starken Betonung der Wichtigkeit und Feierlichkeit der in Wien erfolgten Ab-

mahlung zwischen Deutschland und Österreich wenig gedient ist. Eine stark verklauulierte, aber die Tendenz der Abschwächung solcher Uebertreibungen deutlich verrathende Note, welche heute früh in der "Nationalzeitung" veröffentlicht wurde, hängt wohl mit der eben angedeuteten Stimmung zusammen. Vor allen Dingen möchte man den englischen Hoffnungen entgegentreten, welche in der Rede Lord Salisbury's sich breit machen und dahin gehen, daß Deutschland nunmehr den Engländern die Mühe, die Arbeit und die Gefahr der Bewachung Konstantinopels abgenommen habe. Auch in unabhängigen hiesigen Kreisen ist man keineswegs geneigt, von dem einen Extrem der Orientpolitik, wonach die ganze Türkei nicht "die Knochen eines pommerischen Muskets wert" sein sollte, zu dem andern überzuspringen und sich dafür zu begeistern, daß wir auf der Balkanhalbinsel die Stellung der Engländer in Afghanistan zu vertheidigen hätten. Man ist überzeugt, daß auch Fürst Bismarck diesen Sprung nicht gemacht hat, wenngleich sicherlich Vereinbarungen behufs Zurückdrängung etwaiger neuer Uebergreifungen Russlands getroffen sind.

— Se. Majestät der Kaiser ist heute (22.) Vormittag 10^{3/4} Uhr, aus Baden-Baden kommend, hier auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen. Das schöne Herbstwetter hatte ein außerordentlich zahlreiches Publikum hinaus nach dem Bahnhof geführt; auch in den benachbarten Straßen hatte sich eine beträchtliche Volksmenge aufgestellt. Zur Begrüßung des Kaisers waren erschienen Prinz Friedrich Karl, Prinz Georg, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meinigen, ferner der Oberst-Kämmerer Graf v. Nedern, der Kommandant von Berlin, General Graf v. Wartensleben, die Flügeladjutanten Obersilieutenants v. Winterfeld und v. Lindequist, der Polizeipräsident v. Madai, der Polizei-Oberst Gerecke, außerdem eine Anzahl von Generälen und Stabsoffizieren. Um 10 Uhr 44 Minuten fuhr der Zug, der aus drei mit einander verbundenen Salonwagen bestand, in die Bahnhofshalle ein. In dem mittelsten Wagen befanden sich der Kaiser, während die beiden anderen für das Gefolge bestimmt waren. Mit elastischem und sicherem Schritt entstieg der Kaiser dem Wagen, allgemein wurde das gesunde, frische Aussehen des Kaisers freudig bemerkt. Der Kaiser, welcher die Militärmütze und seinen grauen historischen Mantel trug, schaute recht vergnügt und heiter drein. Bei seinem Erscheinen brach das Publikum in stürmische Hochs und Hurrahs aus, die Damen schwenkten die Tücher. Aufs herzlichste dankte der Kaiser für diese Ovation; derselbe hielt sich ziemlich lange auf dem Perron auf, schüttelte dem Prinzen Karl, dem Prinzen Georg, dem Erbprinzen von Sachsen-Meinigen kräftig die Hand und unterhielt sich darauf längere Zeit mit dem Polizeipräsidenten v. Madai, den er außerordentlich freundlich begrüßte. Von dem Schaden, den die Hand durch das Attentat gelitten hatte, war nichts mehr zu merken. Der Kaiser begab sich darauf in das Empfangszimmer, wo er ungefähr acht Minuten verweilte. Mit dem Kaiser waren die Generale à la suite Graf von Lehndorff, Fürst Anton Radziwill und der Flügeladjutant Graf von Arnim gekommen. Von dem Hofmarschallamt hatte man zwei Wagen für die Abholung des Kaisers nach dem Bahnhof hinaus beordert, einen offenen und einen geschlossenen. Der Kaiser wählte den offenen Wagen und fuhr, den Flügeladjutanten v. Winterfeld zur Seite, durch die Königgräberstraße zum Brandenburger Thor hinein. Laute Hochs begleiteten den Kaiser auf seinem Weg. Bald nach Ankunft Sr. Majestät des Kaisers im königlichen Palais erschienen dort heute Vormittag der Prinz Karl und die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, die gestern Abend hier eingetroffen war, zur Begrüßung des Kaisers. Nachmittags werden der Kaiser und der Prinz Karl bei der Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin im Schlosse dinieren.

— Neben den Aufenthalt des Kronprinzen in Pegli bzw. seine Rückkehr aus Italien sind noch keine festen Bestimmungen getroffen. Es steht nur soviel fest, daß der Kronprinz den Geburtstag seiner Gemahlin am 21. November in Italien mitfeiern wird. Wahrscheinlich aber wird der Kronprinz noch während des Weihnachtsfestes inmitten seiner Familie verweilen und seine Rückkehr erst unmittelbar vor Schluß des Jahres stattfinden.

— Im Stadtschlosse zu Potsdam wird bereits eine Reihe von Zimmern in Stand gesetzt zur Aufnahme des Prinzen Wilhelm, welcher in allernächster Zeit wieder als aktiver Offizier in das 1. Garderegiment zu Fuß eintreten soll. Der Eintritt des Prinzen in das Regiment geschieht auf speziellen Wunsch des Kaisers, da die militärische Ausbildung seines Enkels noch nicht abgeschlossen ist und eine weitere Dienstübung verlangt.

— Die Leiche des verstorbenen Ministers v. Bülow ist heute (22.) Abend hier angekommen und wird am Freitag in der Matthäikirche eingesegnet werden, um von da zur Beisetzung nach Mecklenburg überführt zu werden. Wie es heißt, würde der Fürst Bismarck nach Berlin kommen, um der Leichenfeier für den heimgegangenen Staatssekretär des Auswärtigen beizuwohnen.

— Das kaiserliche Patentamt hat sich entschlossen, daß von ihm herausgegebene Patentblatt dahn zu erweitern, daß dasselbe eine kurze Beschreibung und soweit es angeht, bildliche Darstellung der ertheilten Patente bringt. Die Erweiterung soll am 1. Januar 1880 beginnen, und alle nothwendigen Vorkehrungen hierzu sind bereits getroffen.

— Die Militärverwaltung hat schon seit längerer Zeit eine Kommission betreffs der Frage wegen Änderung der Fußbekleidung und wegen der Tornister der deutschen Infanterie eingefestzt. Das Kriegsministerium hat vor einiger Zeit den Generalkommandos folgende Fragen zur Beantwortung übermitteln lassen: 1) Ist eine Verminderung des Gewichts des gepackten Tornisters im Interesse der Leistungsfähigkeit der Infanterie nicht nur wünschenswerth, sondern sogar unbedingt erforderlich? 2) In welcher Weise könnte eine solche Gewichtsverminderung oder eine etwaige Mehrbelastung der Truppenfahrzeuge

erzielt, oder wenn eine solche Verminderung unthunlich erscheinen sollte, eine zweckmäßiger Vertheilung des Gewichts ermöglicht werden?

Dem Vernehmen nach hat man neuerdings im Kultusministerium die Aufstellung einer Nachweisung über die Zahl der vorhandenen Lehrer- und Lehrerinnenstellen an den öffentlichen Volksschulen der Monarchie und deren Besetzung in Angriff genommen und zwar auf Grund von Ermittelungen der Provinzialbehörden über die Zahl der ordentlichen fest dotirten, sowie der Hilfs- (Adjutanten-, Gehilfen- &c.) Lehrer- und Lehrerinnenstellen, ferner darüber, wie viele derselben ordnungsmäßig besetzt, resp. nicht besetzt, seit welcher Zeit die unbesetzten Stellen erledigt sind und wie viele davon durch ungeprüfte Lehrkräfte, z. B. Präparanden verwaltet, wie viele durch geprüfte Lehrkräfte einer anderen Schule oder Klasse &c. mit versehen werden und wie viele ohne jede unterrichtliche Versorgung sind. Die lezte Nachweisung dieser Art wurde im Kultusministerium im Jahre 1877 angefertigt.

Karlsruhe, 20. Oktober. Zum Wechselstempelsteuergesetz, bzw. über die Frage der Kassation der Wechselmarke hat die mannheimer Handelskammer unter Mitwirkung der sämmtlichen dortigen großen Handelshäuser eine Denkschrift ausgearbeitet, in welcher sie nach ausführlicher Begründung, daß die Forderung der Kassation der Marke durch Beifügung von Initialen oder Firmenstempeln eine Quelle der größten Unzuträglichkeiten und Zweifel sei, zu folgenden positiven Vorschlägen gelangt: 1. Die den erforderlichen Steuerbetrag darstellenden Marken sind auf der Rückseite der Urkunde auf einer nicht beschriebenen Stelle aufzuführen und nach der im vorstehenden Absatz gegebenen Vorschrift zu entwerthen (unter Nachlaß der Initialen durch genauere Schreibung der Monatsnamen bei der Kassierung durch deutliche Buchstaben statt nur arabischer Ziffern), ehe ein inländischer Wechsel von dem Aussteller, ein ausländischer Wechsel von dem ersten inländischen Inhaber aus den Händen gegeben wird. 2. Für die Stempelpflichtigen, deren Unterschriften sich auf der Vorderseite des Wechsels befinden, und denjenigen, deren Indossamente nach der erfolgten Stempelung und unterhalb der Marke niedergeschrieben werden, gilt die Stempelung hiermit erfüllt. Die Handelskammer hofft auf eine entsprechende Würdigung dieser Wünsche und noch einiger anderer Anstände, die sie erwähnt.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 23. Oktober.

E [Eisenbahn-Betriebsamt.] Die königlichen Eisenbahnkommissionen werden voraussichtlich schon mit dem Anfang des zukünftigen Jahres aufgehoben werden, mit welchem Zeitpunkte dann auch die hiesige Eisenbahnkommission ihre Thätigkeit einzustellen haben würde. An Stelle jeder dieser Kommissionen sollen mehrere Eisenbahnbetriebsämter treten, deren Geschäftskreis ein entsprechend kleinerer sein und denen ein Eisenbahnbau- und Betriebsinspektor vorstehen wird. Man hofft, durch diese Einrichtung eine schnellere und praktischere Handhabung der Dienst- und Geschäftsleitung zu erzielen, als durch den schwerfälligen und komplizierten Geschäftsgang der Eisenbahnkommissionen.

r. [Generalleutnant v. Sandrart] ist gestern von seinem Urlaub hierher zurückgekehrt.

○ Milderung der Rayonbeschränkungen. Wie wir früher mitteilten, wurde am 8. August d. J. von Vertretern der königlichen Fortifikation, der königlichen Polizeibehörde und des Magistrats hier selbst eine Konferenz abgehalten und wegen Hinausrückung der jetzigen Rayongrenze um etwas über 200 Meter hinter der St. Adalbert-, der Kleinen Gerberstraße und über den Gerberdamm hinwegreichend bis zur Warthe, ein Beschlüsse gefasst. Der Magistrat hat nunmehr die Nivellementspläne zum Bebauungsplan der Dominikanerbewohner fertigen lassen und der königlichen Fortifikation über sandt. Nach diesen Plänen wird die Aufschüttung des Wiesenterrains an einigen Stellen über 27 Meter betragen müssen, im Falle dort mit der Anlegung von Straßen und dem Bauen von Häusern vorgegangen werden soll. Es leidet wohl keinen Zweifel, daß die in der Sache interessirten Behörden gegen die Nivellementspläne Ausstellungen nicht zu machen haben und zur Milderung der Rayonbeschränkungen für jene Stadtgegend die Genehmigung des Bebauungsplans für die Dominikanerbewohner nachsuchen werden und daß auf Grund desselben die Hinausrückung der Rayongrenze vor sich gehen wird.

— Pressezettel. Gegen den „Dziennik Poznański“ und „Kurier Poznański“ ist, wie das letztere Blatt meldet, wegen Beleidigung des Landrats des Kreises Tuchel (Westpreußen) das gerichtliche Verfahren eingeleitet worden.

Die Schützenkompanie des Landwehrvereins hielt am 2. d. M. unter Vorjüge des Feldwebers der Kompanie, Herrn Vorjüge, im Breuer'schen Lokale eine Generalversammlung ab. In derselben wurden an Stelle der statutenmäßig ausscheidenden Mitglieder des Ehrenrats, der Herren Stieler und Küh, gewählt, resp. wiedergewählt die Herren Kaminski und Küh. Es wurde ferner beschlossen, auch in diesem Jahre, wie früher, ein Schweine-Ausziehen zu veranstalten. Dasselbe begann im Schützengarten am 5. d. M. und endete am 8. d. M. Als die besten Schützen stellten sich dabei heraus: Kaufmann Laski mit 41, Stadtsekretär Weise und Schuhmachermeister Woiniak mit je 40 Ringen. Am 11. d. M. fand im Saale des Schützenhauses die Vertheilung der Prämien und in Verbindung damit ein fameradischliches Vergnügen statt. Als Schützenkönig wurde dabei Kaufmann Laski proklamirt; von dem geschlachteten Schweine fanden 144 Pfund Fleisch und diverse Würste zur Vertheilung. — Nach Empfangnahme der Gewinne vereinigten sich die Schützen zu einem gemeinschaftlichen Abendessen, an welches sich ein Tanzkränzchen schloß.

○ Lissa, 19. Oktober. [Festessen. Turnerkränzchen. Resource „Harmonia“.] Zur Begrüßung der Mitglieder unseres neuerrichteten Landsgerichts, des Amtsgerichts, des ersten Staatsanwalts und der hier praktizirenden Rechtsanwälte fand gestern auf Einladung unserer städtischen Behörden in Garven's Hotel de Pologne ein Festessen statt, an welchem sich außer den eingeladenen mit den Mitgliedern unseres Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung ungefähr 80 Personen beteiligten. Das Fest, welches die Stadt den Beamten der obengenannten Körperschaften gab, verließ in der schönsten Weise und wurde durch verschiedene Topte und Tischreden gewürzt. Den Toast auf Se. Majestät brachte Rittmeister Freiherr v. Tirsche, als stellvertretender Garnisonältester, aus; einen weiteren angenehmen Beitrag liefernde neben den längeren und fürzeren Reden mehrerer Beamten von den Gerichtskörperschaften Herr Kommissionsrat R. Moll durch eine gediegene Tischrede und durch ein Tischlied, welches in lau-

niger Weise die Justizreorganisation nebst allen Veränderungen, welche mit dieser innerlich wie äußerlich zusammenhängen, behandeln und schließlich auf das bisherige gute Einvernehmen hinwies, welches, wie schon Herr Landgerichtspräsident Günther in seiner Tischrede gesagt hatte, hier jederzeit zwischen Beamtenthum und Bürgerschaft geherrscht hatte. Das Ende des Liedes bildete in derselben letzter Strophe ein Hoch auf die Eintracht im Reiche wie im Besonderen in unserer Stadt zwischen allen Ständen. — Unser Turnverein feierte schon gestern, da ein von ihm projektiertes Sommerfest zur Zeit hatte ausfallen müssen, sein erstes Wintervergnügen. Am Abend versammelten sich gestern die Mitglieder des Vereins in ihrem Lokale, dem Schützenhause, leiteten die Feierlichkeit durch Freiübungen und Geräteturnen ein, worauf dann ein Tanzkränzchen folgte, das bis in die späte Nacht dauerte. — Auch die Ressourcen-Gesellschaft „Harmonia“ hat bereits mit ihren geselligen Abenden am vorigen Mittwoch den Anfang gemacht.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Pest, 21. Oktober. [Das ungarische Budget.] Der „Ellenor“ meldet aus verlässlicher Quelle über den Voranschlag für das Jahr 1880, daß das Defizit im Staatshaushaltsetat sich auf 15 Mill. und mit Hinzurechnung der Kosten für Bosnien auf 17 Millionen und einige Hunderttausend Gulden stellen werde; die Transportsteuer werde 800,000 Fl. mehr als im Vorjahr abwerfen; aus der Militärtaxe erwarte man ein Ertragnis von 2—2½ Mill. Fl. Bezuglich der Lotogewinnsteuer werde eine Erhöhung beabsichtigt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 23. Oktober. Die Generalsynode nahm den Antrag Kraßow an, wonach der Oberkirchenrat bei allen Neubesetzungen erledigter Superintendenturen und Pfarren, mit welchen ein Ephoratamt organisch verbunden ist oder verbunden werden soll, den Vorschlag des durch den Provinzial-Synodalvorstand erweiterten Provinzialkonsistoriums abwarten soll. Oberkirchenratspräsident Hermes hatte sich gegen den Antrag ausgesprochen.

Baden-Baden, 22. Oktober. Die Fürstin Elisabeth von Rumänien ist heute Mittag über Konstanz nach Krauchenwies zum Besuch des Fürsten von Hohenzollern abgereist.

Wien, 22. Oktober. Meldung der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel. In der Konferenz über die griechisch-türkische Grenzregulirungsfrage, welche heute stattfinden sollte, beabsichtigten die türkischen Delegirten ein neues Memorandum über die territorialen Zugeständnisse an Griechenland vorzulegen. Savet Paşa bleibt erster türkischer Kommissar für die Grenzregulirungsfrage. Derselbe soll auf die Ernennung zum obersten Inspektor der Reformen verzichten wollen.

Bukarest, 21. Oktober. Der Senat beriehlt auch heute den Revisionsentwurf in den Sektionen.

Belgrad, 22. Oktober. Die Regierung hat beschlossen, den Eisenbahnbau öffentlich zu vergeben. Es wird eine Kautio von 10 Proz. verlangt.

Newyork, 22. Oktober. Der hamburg Postdampfer „Vieland“ ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 23. Oktober 1879.

13. Vorstellung im 1. Abonnement.

Aschenbrödel.

Luftspiel in 4 Akten von R. Benedix.

Freitag, den 24. Oktober 1879.

14. Vorstellung im 1. Abonnement.

Zum ersten Male:

Die Schauspieler des Kaisers.

Drama in 3 Aufzügen von Karl Wartenburg.

Heute Abend Rötelfleisch mit Erbsen.

F. W. Mewes.

Telegraphische Börsenberichte.

Kondi-Course.

Frankfurt a. M., 22. Oktober. (Schluß-Course.) Schwach. Lond. Wechsel 20,34. Pariser do. 80,42. Wiener do. 172,90. R. M. St.-A. 142,5. Rheinische do. 1,6,5. Hess. Ludwigsb. 79. R. M. - Br. Anth. 132. Reichsanl. 97. Reichsbank 153. Darmstb. 133. Meiningen B. 83,5. Ostf.-ung. Bf. 721,00. Kreditaktien*) 227,5. Silberrente 59,5. Papierrente 58,5. Goldrente 70. Ung. Goldrente 82,5. 1860er Looge 122,5. 1864er Looge —. Ung. Staatsl. 183,00. do. Ostb.-Obl. II. 73,5. Böh. Westbahn 163,5. Elisabethb. 149,5. Nordwestb. — Galizier 206,5. Franzosen*) 227,5. Lombarden*) 65,5. Italiener —. 1877er Russen 88,5. II. Orientatl. 60. Bentr.-Pacific 108,5. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 229,5. Franzosen 22,5. Galizier —. Ungar. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo

Frankfurt a. M., 22. Oktober. Effelten-Societät. Kreditaktien 227,5. Franzosen 227,5. Lombarden —. 1860er Looge 122,5. Oesterr. Goldrente 69,5. Ungarische Goldrente 82,5. II. Orientanleihe 60. III. Orientanleihe —. Ziernlich fest.

Wien, 22. Oktober. (Schluß-Course.) Feste Tendenz; die Geschäftslösigkeit übt aber einen mäßigen Druck auf die Course.

Papierrente 68,45. Silberrente 69,80. Oesterr. Goldrente 81,05. Ungarische Goldrente 96,15. 1854er Looge 120,50. 1860er Looge 127,50. 1864er Looge 157,75. Kreditloose 168,20. Ungar. Prämien 104,50. Kreditaktien 265,10. Franzosen 264,25. Lombarden 78,00. Galizier 239,50. Kasch.-Oderb. 113,50. Pardubitzer —. Nordwestbahn 131,20. Elisabethbahn 172,00. Nordbahn 230,00. Oesterr. ung. Bank 836,00. Türk. Looge 20,00. Unionbank 93,60. Anglo-Austr. 135,10. Wiener Bankverein 136,60. Ungar. Kredit 254,00. Deutsche Plätze 57,15. Londoner Wechsel 117,30. Pariser do. 46,30. Amsterdamer do. 96,60. Napoleon 9,35,5. Dukaten 5,59. Silber 100,00. Marknoten 57,87,5. Russische Banknoten 1,24,5.

Wien, 22. Oktober. Abendbörse. Kreditaktien 264,30. Franzosen 263,75. Galizier 239,25. Anglo-Austr. 134,40. Lombarden 78,00. Papierrente 68,40. Oesterr. Goldrente 81,00. Ungar. Gold-

rente 96,00. Marknoten 57,90. Napoleon 9,35,5. Nordbahn —. Geschäftslös.

Florenz, 22. Oktober. 5 p.C. Italienische Rente 90,15. Gold 22,95.

Paris, 22. Oktober. 3 proz. amortisirb. Rente 83,20. 3 proz. Rente 81,70. Anleihe 1872 117,25. Italien. 5 proz. Rente 78,85. Oesterr. Goldrente 69,5. Ungar. Goldrente 84,5. Russen de 1877 91,5. Franzosen 573,75. Lombardische Eisenbahn-Altien 178,75. Lombardische Prioritäten 258,00. Türken de 1865 11,50.

Credit mobilier 662. Spanier exter. 15, do. inter. 14,5. Suezkanal-Altien 71,0. Banque ottomane 515. Societe generale 528. Credit foncier 1048. Egypte 241. Banque de Paris 842. III. Orientanleihe 61,5. Türkische Börsenloose —. Londoner Wechsel 25,29,5.

Paris, 22. Oktober. Boulevard-Verkehr. Anleihe von 1872 117,22,5. Italiener 78,90. ungar. Goldrente 84,5. III. Orientanleihe 62,5. Egypte 241,87,5. Behauptet.

London, 22. Oktober. Consols 97,5. Italien. 5 proz. Rente 78,5. Lombarden 7,5. 3 proz. Lombarden, alte 10,5. 3 proz. do. neue 10,5. 5 proz. Russen de 1871 86,5. 5 proz. Russen de 1872 85,5. 5 proz. Russen de 1873 88,5. 5 proz. Türken de 1865 11,5. 5 proz. fundirte Amerikaner 105,5. Oesterr. Silberrente 60,5. do. Papierre —. Ungar. Goldrente 83,5. Oesterr. Goldrente 69,5. Spanier 15,5. Egypte 48.

Silber —. Platzdiskont 11 p.C.

Aus der Bank floßen heute 301,000 Pf. Sterl.

Petersburg, 22. Oktober. Wechsel auf London 25,5. II. Orientanleihe 90,5. III. Orientanleihe 90,5.

Newyork, 21. Oktober. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80 C. Wechsel auf Paris 5,23. 5 p.C. fundirte Anleihe 103,5. 4 p.C. fundirte Anleihe von 1877 102,5. Erie-Bahn 40,5. Central-Pacific 110,5. Newyork Centralbahn 125,5.

Produkten-Course.

Danzig, 22. Oktober. (Getreide-Börse.) Wetter: regnerisch. Wind: S-W.

Weizen loko stand am heutigen Markte rege Kauflust bei guter Zufuhr und ziemlich bedeutendem Umsatz, und zahlte man für alle Gattungen willig 3 Mark per Tonne mehr als gestern. Es wurde gefaust Sommer 130 Pf. 225 M. roth 125, 130 Pf. 230 M. bunt und hellfarbig 122 bis 126 Pf. 220—228 M. hellbunt 124—129 Pf. 230—245 M. hochbunt 130, 131 Pf. zu 244, 245 M. all hoch 130 Pf. zu 255 M. pro Tonne. Russischer Weizen brachte bei gleicher Zufuhr roth Winter 118 Pf. 215 M. Sommer besetz 122 Pf. 216 M. Sommer 122 Pf. 221 M. per Tonne. Termine teurer. Oktober 233 M. bez. Oktober-November 232, 233 M. bez. April-Mai Transit 240, 242 M. bez. — Regulierungspreis 233 M. — Gefündigt 170 To.

Roggen loko fest. Verkauf wurde inländischer 126 Pf. zu 166 M. 128 Pf. zu 168 M. 129 Pf. zu 169 M. 130 Pf. zu 170 M. per Tonne. Termine April-Mai 170 M. Br. unterpolnischer Transit April-Mai 175 M. Br. Br. Regulierungspreis 153 M. unterpolnischer 158 M. — Gerste loko fest, große nach Qualität gelbe 108 Pf. 146 M. 113 Pf. 160 M. gute 107—111 Pf. 165 M. 111,5 Pf. 170 M. 115, 117 Pf. 173 M. kleine 107 Pf. 138 M. seine 105,6 Pf. 155 M. russische ohne Gewicht 130 M. per Tonne bezahlt. — Hafer loko inländischer — M. per Tonne. — Erbsen loko Koch — M. Mittel-Hafer 155 M. per Tonne bezahlt. — Winterrüben loko ruhig, abfallend mit Schimmel zu 215 M. per Tonne gefaust. Termine nicht gehandelt. Regulierungspreis 228 M. Gefündigt — Tonnen. — Winteraps loko still ohne Umsatz. Termine geschäftslös. Regulierungspreis 240 M. — Spiritus nicht gehandelt.

Köln, 22. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 24,50, fremder loko 24,00. pr. November 24,15. pr. März 25,20. Roggen loko 18,50. pr. November 16,35. pr. März 17,40. Hafer loko 14,00. Rübel loko 29,70. pr. Oktober 29,20. Mai 30,40.

Hamburg, 22. Oktober. (Getreidemarkt.) Weizen loko fest, auf Termine höher. Roggen loko fest, auf Termine höher. Weizen per Oktober-Nov. 244 Br. 243 Gd. per April-Mai 246 Br. 245 Gd. Roggen per Oktober-November 164 Br. 163 Gd. per April-Mai 166 Br. 165 Gd. Hafer ruhig. Gerste fest. Rübel still, per Oktober 56, per Mai 59. Spiritus höher, per Oktober 47,5 Br. per November-Dezember 47 Br. per Dezember-Januar 47,5 Br. pr. April-Mai 47,5 Br. K

Produkten - Börse.

Berlin, 22. Oktober. Weizen pr. 1000 Kilo loko 205—250 M. nach Qualität gef. Gering, gelber Markt. — M. ab Kahn bezahlt. Regulierungspreis f. d. Kündigung 236½ M. Gefündigt 2000 Ctr. Per Oktober 238½—236½—237 bez., per Okt.-Nov. 238½—236½—237 bez., per Novr.-Desbr. 238½—236½—237 bez., per Dezember-Januar—bez., per Januar-Februar—bez., per April-Mai 248½—247½ bez., per Mai-Juni 248—248½ bezahlt. — Roggen pr. 1000 Kilo loko 157 bis 178 M. nach Qualität gef. Feiner Russ. — a. R. bez. Inland. — M. a. B. bez. Russischer 157 bis 161 M. ab Kahn bez. Regulierungspreis f. d. Kündigung 159½ M. bezahlt. Gefündigt 17,000 Ctr. Per Oktober 159—159½ bez., per Okt.-Novbr. 159 bis 159½ bezahlt, per November-Dezember 160—161 bez., per Desbr.-Januar 163½—165—164 bez., per Januar-Februar 165 bis 166 bez., per April-Mai 170—171—170½ bezahlt, per Mai-Juni—bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo loko 140—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 135—153 nach Qualität gefordert. Russischer 135—141 bez., Pommerischer 140—146 bez., Ost. u. Westpreußischer 137—146 bez., Schlesischer 137—147 bez., Böhmisches 140—148 bezahlt, Galizischer — bez. Gefündigt — Ctr. — Regulierungspreis — bezahlt. Per Oktober 142 bezahlt, per Oktober-November 142 M., per Nov.-Dezember 142 M., April-Mai 154—155—154½ bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 171—200 M. Futterware 160—170 M. — Mais per 1000 Kilo loko 142—148 bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahlt, Amerikanischer — f. W. bez. — Weizenmehl pr. 100 Kilo brutto 00: 33,00 bis 30,50 M., 0: 30,50—29,50 M., 0/1: 29,50—27,50 M. — Roggenmehl inkl. Sac 0: 23,75—22,50 M., 0/1: 20,50—21,50 M. per Oktober 22,90—22,23 bez., per Okt.-November 22,90—22,23 bezahlt, per Novbr.-

Desbr. 22,90—22,23 bez., per Des.-Januar 23,20—23,30 bez., per Januar-Februar 23,50—23,60 bezahlt, per April-Mai 24,15—24,25 bezahlt. — Gefündigt 1000 Ctr. Regulierungspreis für die Kündigung 20,90 bezahlt. — Delfat a. per 1000 Kilo Winter-Raps 210—235 Mark S.O. — bz., N.D. — bz. — Rübel per 100 Kilo loko ohne Fass 54,0 M., flüssig — M., mit Fass — M., per Oktober 54,1 M. bezahlt, per Oktober-November 54,1 bezahlt, per November-Dezember 54,4 bis 54,2 bez., per Dezember — bz., per Jan.-Febr. — bez., per April-Mai 56,6 M. bezahlt, per Mai-Juni 57—56,9 M. bezahlt. Gefündigt — Centner. — Regulierungspreis für die Kündigung — bez., gestern — bz. — Leinöl per 100 Kilo loko 60,5 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,3 Mark, per Oktober 24,5 Mark bezahlt, per Oktober-November 24,5 Mark bezahlt, per November-Dezember 24,5 Mark bezahlt, per Dezember-Januar 25,0 Mark, per Januar-Februar 25,7 Mark bezahlt. Gefündigt — Ctr. Regulierungspreis für die Kündigung — bez. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fass 57,5 bez., per Oktbr. 57,5—57,8—57,5 bez., per Oktober-November 57,5—57,8—57,5 bezahlt, per November-Dezember 57,6 bis 58,0—57,7 bezahlt, per Dezember-Januar — bezahlt, per April-Mai 60—60,4—60,1 bezahlt, per Mai-Juni 60,2—60,6—60,3 M. bezahlt. Gefündigt 40,000 Liter. Regulierungspreis für die Kündigung — (B. B.-3.)

per Oktober 155—156 M. bez., per Oktober-November 153—155,5 M. bez., per November-Dezember 152,5—155,5 M. bez., per Frühjahr 161—165—164,5 M. bez. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loko Brau- 156—160 M., Futter- 132 bis 140 M., Chevalier 172 bis 178 M. — Hafer still, per 1000 Kilo loko inländ. 132 bis 138 M., Russischer 122—130 M. — Erbsen still, per 1000 Kilo loko Futter- 144—150 M. — Winterrüben matt, per 1000 Kilo loko 215 bis 235 Mark, per Oktober 235 M. nom., per April-Mai 255 M. Br. und Gd. — Winterrapss per 1000 Kilo loko 220—240 M. — Rüb- ol unverändert, per 1000 Kilo loko ohne Fass bei Kleingefüßen 55,5 M. Br., per Oktober 54 M. Gd., 54,5 M. Br., per Oktober-Novbr. 54 M. bez., per April-Mai 56 M. Gd., 56,5 Br. — Spiritus fester, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Fass 55,5—56,6 M. bez., per Oktober, Oktober-November 56 M. Gd., per November-Dezember 55,8—56 M. bez., per Dezember-Januar 56—56,2 M. bez., per Frühjahr 59 bis 59,3 M. bez., 59,2 M. Br. und Gd., per Mai-Juni 59,9 M. Br. und Gd. — Angemeldet: 1000 Ztr. Weizen. — Ztr. Roggen 200 Ztr. Rüböl. Regulierungs-Preise: Weizen 236 M., Roggen 155,5 M., Rüböl 54,5 M. Spiritus 56 M. — Petroleum loko 11,75 M. verft. bez., 8,15 M. tr. bez., alte Ushancen 12,25 M. verft. bez., Regulierungs-Preis 8,15 M. tr.

Heutiger Landmarkt: Weizen 210—228 M., Roggen 150—162 M., Gerste 154—171 M., Hafer 135—147 M., Erbsen 155—165 M., Kartoffeln 45—57 Mark, Heu 1,5—2 Mark, Stroh 18—21 Mark. (Ditsee-Ztg.)

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Oktober Mittags 0,68 Meter.

= 22. = 0,73 =

Berlin, 22. Oktober. Im heutigen Börsenverkehr kam der Einfluss der festen Haltung und der höheren Notierungen der auswärtigen Plätze nicht in vollem Maße zur Geltung. Die Spekulation zeigte auf allen Gebieten eine scharf ausgeprägte Zurückhaltung und die Tendenzen des Marktes charakterisierte sich als abwartend. Von einer Einwirkung der nahen Liquidations war anfangs wenig zu merken. Es scheint, daß die mit dem Ultimo zusammenhängenden Transaktionen durch rechtzeitige Versorgung auf ein kleines Maß reduziert worden sind.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Pomm. H.-B. I. 120	5	101,50	G		
do. II. IV.	110	5	98,50	bz	G
Pomm. III. rs. 100	5	97,00	G		
Pr. B.-C.-H.-Br. rs. 5	101,50	bz	G		
do. do. 100	5	100,00	G		
do. do. 115	4½	99,25	G		
do. do. 100,25	bz	G			
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	100,25	bz	G	
do. do. 102,50	bz	G			
Schles. d. B. Rfm. 4½	92,00	bz	G		
Pfandbriefe:					
Berliner 4½	102,90	bz	B		
do. 5	106,75	bz			
Landl. Central 4	97,20	bz			
Kurz. u. Neumärk. 3½	11,50	G			
do. neue 3½					
do. 4					
do. neue 4½					
N. Brandbg. Cred. 4					
Ostpreußische 3½	86,80	bz			
do. 4½	96,40	bz	B		
do. 4½	102,25	bz			
Pommersche 3½	86,90	bz			
do. 4	97,00	bz	G		
do. 4½	102,60	bz	G		
Polenische, neue 4	97,50	bz	G		
Sächsische 4					
Schlesische 3½					
do. alte A. u. C. 4½					
do. neue A. u. C. 4					
Westpr. ritterisch. 3½	87,00	G			
do. 4	96,60	bz			
do. 4½	101,90	bz	G		
Rentenbriefe:					
Sur. u. Neumärk. 4	98,90	bz			
N. Brandbg. Cred. 4					
Pommersche 4	99,90	bz			
Posensche 4	98,50	bz	G		
Preußische 4	98,60	bz			
Klein- u. Westfäl. 4	98,80	bz			
Sächsische 4	98,75	bz			
Schlesische 4	99,50	B			
Souveraines 20	20,30	G			
Franksüste 16,15	bz				
do. 500 Gr. Dollars 4,21	G				
Imperials 16,67	G				
do. 500 Gr. Fremde Banknoten 16,67	G				
do. einköpf. Leipz. 80,45	bz	B			
Frans. Banknot. 172,80	bz				
Deßter. Banknot. do. Silbergulden Russ. Noten 1000 Thl. 214,75	bz				
Deutsche Fonds. P.-A. v. 50 al 100 Th. 3½	145,60	bz	B		
Hess. Prich. a. 40 Th. 267,75	bz				
Bad. Pr. A. v. 67. 4	131,90	B			
do. 35 f. Obligat. 172,00	bz				
Bair. Präm.-Anl. 4	132,75	B			
Braunschw. 20thl. 2½	90,00	bz	B		
Brem. Anl. v. 1874 4½					
Cöln.-Md.-Pr. Anl. 3½	132,50	bz			
Des. St. Pr.-Anl. 3½	127,50	G			
Goth. Pr.-Pfdbr. 5	112,80	bz			
do. II. Abth. 5	111,00	bz	G		
Öb. Pr. A. v. 1866 3	185,00	bz			
Lübecker Pr.-Anl. 3½	183,25	bz			
Mecklen. Eisenbsh. 3½	89,40	bz			
Meininger Loope 25,10	bz				
do. Pr.-Pfdbr. 4	119,00	B			
Oldenburger Loope 3	151,30	bz			
D.-G.-C.-B.-Pfdbr. 5	103,75	bz			
do. do. 4½	98,00	bz			
Doth. Hypoth. unk. 5	101,50	bz			
do. do. 4½	98,80	bz			
Mein. Hyp.-Pfd. 5	101,00	bz			
Wdd. Grdr.-H.-A. 5	96,50	bz			
do. Hyp.-Pfdbr. 5	94,30	bz			
*) Wechsel-Courie.					
Amsterd. 100 fl. 8½.					
do. 100 fl. 2M.					
London 1 Lstr. 8½.					
do. 3 M.					
Paris 100 fl. 8½.					
Blg. Btpl. 100 fl. 3½.					
Wien öst. Währ. 8½.	172,80	bz			
Wien öst. Währ. 2M. 171,75	bz				
Petersb. 100 fl. 3½.	214,10	bz			
do. 100 fl. 3½. 211,90	bz				
Parisch-Wien 100 fl. 8½. 214,40	bz				
*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Diskonten in Amsterdam 3, Bremen — Unter den Linden 4, Berlin 4,50 Pct. 6,25 B.					
Wien 4 Pct. 18,00 G.					
Stobnaffler Lampen 4					
Wöhrl Mäschinen 4					

Die Kurse stellten sich bei den wenigen, in den Verkehr getretenen Spekulationspapieren nur zum Theil höher, das Festhalten des gestrigen Niveaus bildete die Regel. Einiges Interesse zeigte sich für Kommandit-Antheile, Rheinisch-Westfälische Bahnen und Lauraaktien, jedoch konnten nur letztere eine nennenswerte Kursaufbesserung durchsetzen. Rumänier gingen ziemlich rege um, ebenso ungarische Goldrente, während österreichische Renten schwach gehandelt wurden. Die russischen Wertpapiere zeigten fast durchgängig eine Abschwächung, russische Noten

Eisenbahn-Aktien.

Vadische Bahn 4	104,75	G	
Wlf. Rheinl. u. Westf. 4	32,50	bz	B
Wlf. Sprit.-u. Pr.-H. 4	56,00	bz	G
Verl. Handels-Ges. 4	71,80	bz	G
do. Kassen-Verein. 4	159,50	bz	G
Breslauer Dist.-Vf. 4	85,90	bz	G
Centralbf. f. B. 4	7,00	B	
Centralbf. f. d. u. H. 6	60,00	bz	G
Goburger Credit-B. 4	77,60	bz	G
Cöln. Wechslerbank 4	90,90	bz	B
Danziger Privatb. 4	105,50	G	
Darmstädter Banf 4	133,60	bz	B
do. Zettelsbank 4	103,00	G	
Dessauer Credit. 4	72,25	G	
do. Landesbank 4	121,75	bz	
Deutsche Bahn 4	126,25	bz	G
do. Genossensch. 4	105,00	B	
do. Hyp.-Bank. 4	87,00	B	
do. Reichsbank. 4	165,40	bz	
Disconto-Comm. 4	87,80	bz	G
Geraer Banf 4	41,25	G	
Gothaer Privatb. 4	95,00	B	
Grundtredb. 4	87,50	G	
Hypoth. (Hübner) 4	84,75	bz	G
Königsb. Vereinsb. 4	91,00	bz	
Leipziger Credit. 4	140,00	bz	G
do. Discontob. 4	78,00	bz	G
Magdeb. Privatb. 4	112,00	G	
Mecleb. Bod			